



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

### **4. Sitzung (öffentlich)**

3. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Regionalstellen Frau und Beruf brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierungszusage für 2006**

1

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/199

Vorlage 14/122

- Ausführliche Diskussion über die Zukunft der Regionalstellen Frau und Beruf und deren finanzielle Förderung
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

- 2 Deutsche Automobilindustrie: Endlich auf kraftstoffsparende Technologien setzen und so die eigene Innovationsfähigkeit sichern** 5
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/284
- Kurze Diskussion
  - Der Ausschuss verzichtet mit den Stimmen aller Fraktionen auf ein Votum.
- 3 Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden** 7
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/471 - Neudruck
- Bericht der Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Dr. Marion Gierden-Jülich
  - Ausführliche Diskussion
  - Der Ausschuss verzichtet wegen der vom federführenden Ausschuss geplanten öffentlichen Anhörung heute auf eine Abstimmung über den Antrag.
- 4 Stand der Neuordnung zur Schwangerschaftsberatung** 14
- Bericht der Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Dr. Marion Gierden-Jülich
  - Ausführliche Diskussion
- 5 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005)** 17
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/300
- Beantwortung einiger Fragen

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Ausschuss für Frauenpolitik  
4. Sitzung (öffentlich)

III

APr 14/62  
03.11.2005  
ni-hoe

Seite

**6 Verschiedenes**

18

hier: **Anhörung zu dem Thema Gender-Budgeting**

\*\*\*\*\*



Sehr kritisch hinterfragt habe die CDU-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder den hohen Prozentsatz der Ärzte bei der Schwangerenberatung, da eine Beratung zum Leben - um eine solche handele es sich - eine sehr intensive psychosoziale Beratung der Frauen und eine Begleitung über einen längeren Zeitraum beinhalte: beides durch Ärzte nicht leistbare Elemente. Von daher erachte sie die Entscheidung, den Anteil der Ärzte auf 25 % zu begrenzen, als für die Beratungslandschaft und die Qualität der Beratung sehr weise. Und als umso bemerkenswerter empfinde sie diesen Schritt der Landesregierung, als die Ärzte das Land keine Fördergelder kosteten. Angesichts der Finanzlage des Landes könne sie der Landesregierung für diesen Entschluss nur danken.

**5 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/300

**Barbara Steffens (GRÜNE)** erkundigt sich nach den Kriterien für die Ausweisung der Mittel für die Schwangerschaftskonfliktberatung gerade in der angegebenen Höhe.

**Annette Watermann-Krass (SPD)** greift die Kürzung der europäischen Sozialfondsmittel um 10 Millionen € auf und möchte wissen, welche Auswirkungen dies gegebenenfalls für Frauenprojekte, etwa die Regionalstellen, mit sich bringe.

Auswirkungen zeigen sich, wie **StS Dr. Marion Gierden-Jülich (MGFFI)** erwidert, nicht.

Die 19,99 Millionen €, veranschlagt für die Abgeltung der Ansprüche der Katholischen Kirche, entsprächen dem in Verhandlungen mit dem Katholischen Büro vom Ministerium erzielten Verhandlungsergebnis. Der formale Rechtsanspruch der Katholischen Kirche belaufe sich auf 25,5 Millionen €.

